F-01-208

Für Frieden in der Ukraine: Putins Angriffskrieg entgegentreten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2022, 30. April 2022
Düsseldorf, Rheinterrasse

Antragsteller*in:	Grüne Jugend Bundesvorstand
Beschlussdatum:	29.04.2022

Änderungsantrag zu F-01

Von Zeile 208 bis 214:

- ~~unterstützen das 100-Milliarden-Sondervermögen zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Dazu gehört für uns eine zügige Evaluation und Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, auch bei Beschaffung und Rüstungskooperationen, Cybersicherheit, Ertüchtigung von Partnern, eine klare und nachvollziehbare Projekt-Unterlegung und eine bedarfsgerechte Ermittlung notwendiger Militärausgaben;~~

- setzen uns für die Behebung der Defizite bei der Ausstattung der Bundeswehr ein. Da dies in den letzten Jahren trotz gestiegenem Wehretat nicht gelungen ist, erwarten wir eine Reform des Beschaffungswesens und eine bedarfsgerechte Ermittlung notwendiger Militärausgaben, bevor zusätzliche Mittel in die Bundeswehr fließen Dazu gehört für uns eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, auch bei Beschaffung und Rüstungskooperationen, Cybersicherheit, Ertüchtigung von Partnern und eine klare und nachvollziehbare Projekt-Unterlegung. Mit dieser Position gehen wir als Partei in die weitere Beratung zum Sondervermögen zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit.

Begründung

Als Grüne Jugend haben wir von Beginn an unsere Bedenken am Sondervermögen geteilt und wir bleiben dabei: Die 100 Milliarden sind nicht nur im Kontext der Ukraine zu betrachten, da es sich um Mittel- bis langfristige Investitionen handelt. Die diskutierten 100 Milliarden helfen der Ukraine deswegen nicht dabei, sich gegen den durch nichts gerechtfertigten russischen Angriff zur Wehr zu setzen. Sie machen Deutschland auch nicht unabhängiger von russischem Gas.

Wir wollen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten besser ausgestattet sind. Aber der Etat der Bundeswehr ist schon in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen; die Probleme in der Austattung sind geblieben. Wir fordern daher eine Reform des Beschaffungswesens und eine bedarfsgerechte Ermittlung notwendiger Militärausgaben, bevor zusätzliche Mittel in die Bundeswehr fließen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir noch zu viele ungeklärte Punkte. Es wäre aus unserer Sicht daher voreilig, dem Sondervermögen jetzt als Partei zuzustimmen**.** Wichtiger ist es, die relevanten Punkte, die wirklich für mehr Sicherheit sorgen, stark zu machen. Deswegen halten wir es für entscheidend, die Bedarfsermittlung und die Reform nach vorne zu stellen.